



## Wir brauchen eine mutigere (Migrations)Politik

---

Was «Die Odyssee»  
mit Ceuta zu tun hat

Seiten 2-3

---

«Warum eigentlich  
Politik...?»

Seiten 4-5

---

Die Krux mit der  
Verrechtlichung

Seiten 6-7

---

Die böse Frau vom Amt

Seite 8

# Was «Die Odyssee» mit Ceuta zu tun hat

Rechte Kulturkämpfer sehen in Christopher Nolans «Odyssee» den Untergang des Abendlandes. Und sie liegen damit nicht ganz falsch – denn der Film handelt davon, wie der Westen von seinen verdrängten Untaten eingeholt wird.

Raul Rosenfelder im JACO-BIN; abrufbar unter:

<https://jacobin.de/christopher-nolan-odyssee-zivilisation-barbarei/>

Seit Mitte Juli läuft im Kino Christopher Nolans «Die Odyssee». Der Film, im Vorfeld von einem Großteil der politischen Rechten als «woke Propaganda, die das Urepos Europas verunstaltet» harsch kritisiert, bietet einiges an Illustration unserer zeitgenössischen Problemlage. Besonders treffend wird dies in Rosenfelders Artikel seziert, dessen Lektüre wir dringend empfehlen. Die Kernaussage: in der Antike (damals die hellenistische Hegemonie) wie heute (im weitesten Sinne das «Abendland») verfällt die westliche Zivilisation letztlich der Barbarei, macht den Ursprung derselben aber an einer äusseren Bedrohung fest. Im Film taucht die Bedrohung in Form eines «gefürchteten Seevolkes, das mit ungekannten Gewalttaten und Plünderungen» die Gestade der bekannten Zivilisation bedroht auf. Im Heute, und somit wird der Kreis geschlossen, sind es «illegale Migrant:innen», die zu Zehntausenden die Grenzen des Abendlandes bedrohen.

## Da war doch was..?

Ebenfalls im Juli versuchten (angeblich, die genaue Zahl ist umstritten) rund 50.000 Migrant:innen auf einen Schlag die spanische Exklave Ceuta zu erreichen, um auf EU-Boden Fuss zu fassen. Die nachfolgende Debatte darüber war roh. Stellvertretend wie zusammenfassend dafür steht die Aussage von Bundesrat Jans: «So etwas darf nie mehr passieren». Zusätzlich offenbarte der 31. Juli eine extreme Ehrlichkeit an Sichtweisen, wie sie zuvor in dieser Deutlichkeit noch nicht geäußert wurden. Auch hier legt Jans vor: «Wir wollen mit einem vorgelegten Verfahren dafür sorgen, dass Menschen, die keine Asylgründe geltend machen können, nicht in den Asylzentren landen, sondern schon vorher eine Wegweisung bekommen». Das GEAS bringt auf gesamteuropäischer Ebene genau dies, aber im Zuge des 31. Juli erfuhren

die Pläne, die einen Schritt weiter gehen als das GEAS, zusätzlichen Rückhalt. So regte EU-Migrationskommissar Magnus Brunner knapp vier Tage später Verträge mit Staaten ausserhalb Europas an – damit diese bei sich für Europa Asylverfahren durchführen.

## Die Verrohung an der Peripherie

Die Debatte um Ceuta illustriert anschaulich, was Rosenfelder in der Verfilmung der Odyssee verortet: «Die Gefahr der Verrohung wächst im Herzen der Zivilisation heran und kehrt von ihren Rändern, wo sie sich permanent artikuliert, auch wieder dahin zurück.» Der periphere Schauplatz der Verrohung, an welchem alle moralischen Dämme brechen, ist im Film natürlich Troja. Die Analogie im Heute sieht Rosenfelder im Gaza. Genauso treffend könnte man aber auch sagen: «Troja ist Ceuta». Oder Lesbos. Oder Lampedusa. Mehr denn je nimmt Europas rechtskonservative Vision einer hemmungslosen Abschottungspolitik reale Gestalt an. Die Abschottung als solche ist dabei nicht neu, denn schon immer haben Staaten oder Staatengebilde Richtlinien darüber festgesetzt, wer aus welchen Gründen zur Gesellschaft dazustossen und bleiben darf. Aber das Hemmungslose erscheint oder ist neu. Für Härte gegenüber Menschen muss man sich derzeit nicht mehr rechtfertigen, sondern sie wird beklatscht.

Dass Hemmungslosigkeit in Krisenzeiten Hochkonjunktur hat, muss nicht erklärt werden. Und der Krisenherde sind vieler. Gaza. Der russische Imperialismus. Die entfesselte Plutokratie der Trump-Administration. Die Inflation. Und wie ein Benzinkanister über allem: die volle Wucht des Klimawandels. Auf all diese Bedrohungen reagiert Europa, reagiert die Schweiz derzeit mit Abwehr in allmöglichen Formen. Auf gesetzlicher, auf gesellschaftlicher und auf militärischer Ebene.

### Veraltete Denkmuster

Rückbezüglich auf die Migrationsdebatte wirft das Fragen an all diejenigen auf, die sich nicht der Abwehr verschrieben haben. Ist was wir zu verteidigen glauben, noch zeitgemäss? Was genau verteidigen wir eigentlich? Wir sind im Pyrozän angekommen. Immer mehr Menschen werden ihrer Lebensgrundlagen beraubt und in die Migration gezwungen werden. Angesichts dessen erscheint die Genfer Flüchtlingskonvention als Grundlage für all jene, die ihr nicht standhalten, in ihrer Antiquiertheit geradezu lächerlich.

In der Migrationspolitik kann das nur bedeuten, dass wir in Anlehnung an Rosenfelders Beobachtung zur Verrohung mehrere Dinge gleichzeitig tun. (1) Muss die Peripherie ins Zentrum der Beobachtung rücken. Wenn Flüchtende letztlich in «Endlagern» in der Sahara verrotten, weil es niemanden interessiert, haben wir verloren. (2) Müssen wir die Verrohung, die vom Zentrum ausgeht, soweit wie möglich stoppen. Es ist in diesem Sinne also nicht nur relevant, was in Ceuta passiert, sondern auch in Läuelfingen. (3) Müssen wir veraltete Denkmuster über Bord werfen. Wer künftig

**«Die Gefahr der Verrohung wächst im Herzen der Zivilisation heran und kehrt von ihren Rändern, wo sie sich permanent artikuliert, auch wieder dahin zurück.»**

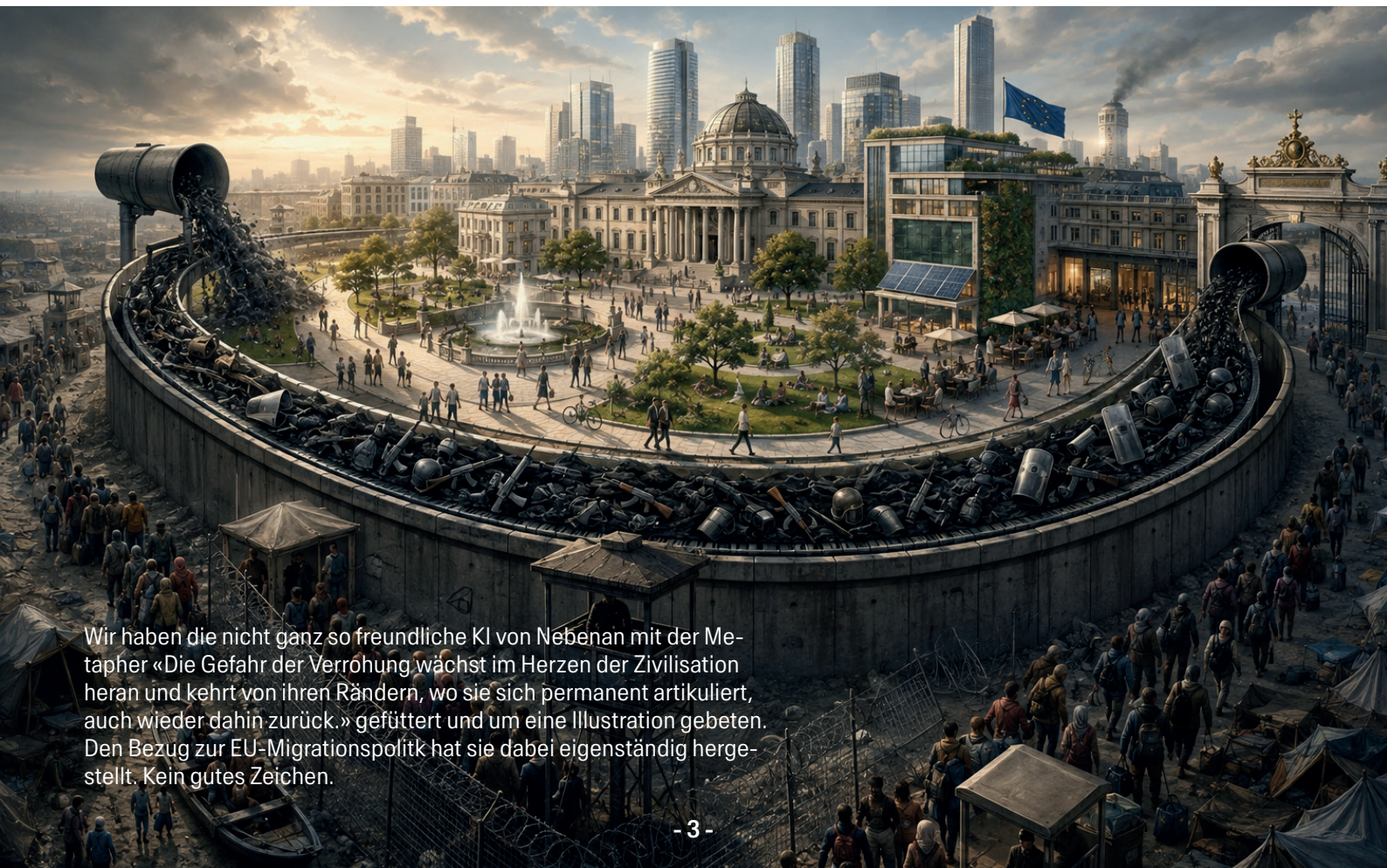
immer noch Begrifflichkeiten wie die «humanitäre Tradition der Schweiz» bemüht und das Asylrecht ohne das gleichzeitige Öffnen einer riesigen Klammer im Sinne von «...und darüber hinaus im Fall!» verteidigt, muss über die Bücher. Das wird anspruchsvoll. Aber niemand hat je gesagt, es sei einfach.

### An alle Albert Röstis dieser Welt

Lieber Albert, nein, niemand «übertreibt gleich, wenn es mal 35 Grad ist». Aber die Welt ist aus den Fugen. Sie brennt. Sie

verdörft. Menschen bekriegen sich wieder mehr denn je. Um Land und Grenzen. Und früher oder später um Wasser. Derweil verspricht die Entwicklung der KI alles und hält gleichzeitig auch die Gefahr der Zerstörung von Allem inne. Die Verlockung, aus purer Überforderung möglichst nur noch auf sich selbst zu schauen, ist grösser denn je. Klimaanlage statt Klimaprotest. Der Anfang der Barbarei. Was wir also brauchen ist Solidarität. Und Klartext. Und vor allem den Mut zu beidem.

Wir haben die nicht ganz so freundliche KI von Nebenan mit der Metapher «Die Gefahr der Verrohung wächst im Herzen der Zivilisation heran und kehrt von ihren Rändern, wo sie sich permanent artikuliert, auch wieder dahin zurück.» gefüttert und um eine Illustration gebeten. Den Bezug zur EU-Migrationspolitik hat sie dabei eigenständig hergestellt. Kein gutes Zeichen.



# «Warum eigentlich Politik...?»

**...ihr seid doch eine Beratungsstelle?». Und genau als solche begegnen wird tagtäglich Personen, die vor kleineren, grösseren oder gar aussichtslosen Problemen stehen. Das sehen wir als Verpflichtung für einen politischen Auftrag, welchem wir nun stärker nachkommen wollen. Wie das funktionieren soll, gilt es auszuprobieren.**

Die meisten Probleme unserer Klient:innen sind mit ihrem Aufenthaltsstatus verknüpft, deshalb beraten wir überwiegend oft zu asyl- oder ausländerrechtlichen Problemen. Diese haben zwar immer eine direkte Auswirkung auf die individuelle Situation der Betroffenen, weshalb sie uns letztlich ja aufsuchen. Aber der Ursprung des Problems ist systemischer Natur und besteht aus Gesetzen, Bestimmungen, Vorschriften und Behördenpraxis. Diese Dinge sind oftmals ungerecht, aber längst nicht unveränderbar: sie sind nichts anderes als Ausdruck unserer Gesellschaft. Also müssen wir diese verändern.

Als Beratungsstelle mit dem direkten und alltäglichen Bezug zur vitalisierten «Front» sehen wir es deshalb als unsere Aufgabe und Verpflichtung, diese Veränderungen herbeizuführen und Ungerechtigkeit im Einzelfall auf gesellschaftspolitischer Ebene anzugehen. Dazu setzen wir uns mittels Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying, unendlich vielen Gesprächen, Vernetzung und klarer Positionierung im öffentlichen Raum für eine systemische Verbesserung der Lebensbedingungen aller Migrant:innen in der Region NWS und darüber hinaus ein. Klingt toll, aber was soll das nun bedeuten?

## Der Wert des Gesprächs

Unlängst führte ich ein Gespräch mit einer Politikerin der SVP. Dabei ging es um eine relativ konkrete Angelegenheit, bei welcher wir uns letztlich nicht einig

wurden. Nicht weiter schlimm, die Hoffnung auf eine Intervention war ohnehin realtiv tief. Aber den Versuch war es dennoch wert. Was hängen geblieben ist: die Frau hat zwar andere Ansichten als ich, aber sie hat mich trotzdem verstanden. Sie weiss nun wer ich bin und wofür ich einstehe. Und viel wichtiger: weshalb ich dafür einstehe. Man sagt «Betroffenheit

schaft Nähe». Und betroffen können letztlich alle sein. Darauf können wir bei unserer Arbeit aufbauen: mutige Migrationspolitik muss dahin gehen, wo der Widerspruch besteht.

Im Verlauf des Gesprächs kamen wir auch auf Grundlegendes zu sprechen, bspw. wie eigentlich die migrationspolitischen Vorstösse der SVP jeweils entstehen. Ihre Erklärungen dazu waren simpel: Prinzipiell würden «besorgte Voten» oder Inputs von einzelnen Individuen bei gehäuftem Auftreten aufgenommen und verarbeitet. Dazu würde man sich als Partei – in den zuständigen Gremien – strategischen Überlegungen widmen und aus diesen wiederum Vorstösse erarbeiten. Klingt sehr flachhierarchisch und ob das tatsächlich stimmt, kann ich nicht überprüfen. Dass die SVP ihre Wählerschaft bei der Themensetzung offenbar irgendwie miteinbezieht, scheint indes nicht völlig aus der Luft gegriffen.

wurden. Nicht weiter schlimm, die Hoffnung auf eine Intervention war ohnehin realtiv tief. Aber den Versuch war es dennoch wert. Was hängen geblieben ist: die Frau hat zwar andere Ansichten als ich, aber sie hat mich trotzdem verstanden. Sie weiss nun wer ich bin und wofür ich einstehe. Und viel wichtiger: weshalb ich dafür einstehe. Man sagt «Betroffenheit

## Das ständige Hinterhecheln

Auf der Gegenseite – «unserer» Seite – gestaltet sich die Situation etwas anders. Hier funktioniert Migrationspolitik lei-

der vorwiegend im Modus des «Hinterhecheln». Der grosse Unterschied zur SVP ist dabei die Nähe zu den direktbetroffenen Migrant:innen: während die SVP quasi keinen Kontakt zu denselben hat und so die eigenen, resp. die Interessen der «besorgten Bevölkerung» vertritt, sieht sich die Gegenseite täglich mit den praktischen Auswirkungen aller Restriktionen auf die Direktbetroffenen konfrontiert. Daraus resultieren Empörung, Entsetzen, Mitgefühl, Empathie, Engagement und daraus gespiesen das Bestreben nach akuter Intervention. Nicht selten werden deshalb politische Entscheidungsträger:innen direkt kontaktiert, mit der Bitte um Zuwarten, Milde walten zu lassen oder Ähnlichem. Am besten lässt sich dies als «Politik im Einzelfall» beschreiben. Sie geht von engagierten Individuen oder Orten aus und ist so erklärbar wie notwendig. Nur leider fehlt dieser Art von Engagement jegliche Strategie. Das wollen wir gerne ändern.

## Mehr Ressourcen für mehr Einfluss

Wir möchten gerne wegkommen vom Hinterhecheln. Deshalb geht es bei unserer politischen Arbeit letztlich um «strategische Planung im Migrationsbereich». Um diese Planung gewährleisten zu können, braucht es auch das notwendige Personal, was wir ab September im Rahmen einer Anstellung zu 60-70 Stellenprozent zur Verfügung haben. Die Aufgabe dieser Stelle ist es dann, die Ausgangslage zu erfassen, die bekannten Kräfte zu bündeln, Problemlagen zu systematisieren und Strategien zu kategorisieren. Einmal gemacht, entstehen daraus Ziele. Diese orientieren sich teils an bestehenden Missständen, andere tangieren eine Behördenpraxis, wieder andere beinhalten die Einführung neuer Verfahrensschritte oder zielen auf eine Gesetzesänderung ab. Für jedes einzelne Ziel muss abschlies-

**«Mutige Migrationspolitik muss dahin gehen, wo der Widerspruch besteht.»**

send die passende Vorgehensweise gewählt werden: tritt man mit den Behörden in Kontakt? Geht man den politischen Weg über die kommunalen, kantonalen oder nationalen Gremien? Oder setzt man auf öffentlichen Druck? Und: arbeitet man mit je nach Situation Direktbetroffenen zusammen oder macht man Stellvertreterpolitik? Gerade im Asylbereich ist diese Frage äusserst schwierig zu benatworten, da die Betroffenen oftmals nur sehr kurz anwesend sind. Systematik ist dabei meist kaum möglich.

In diesem Kontext ist es von grösster Relevanz, Bündnispartner:innen einzubinden und allenfalls bestehende und gefestigte Strukturen zu schaffen. Denn alleine ist man ohnehin verloren. Im Endeffekt geht es also um sehr viele Gespräche. Gespräche mit Gleichgesinnten ebenso wie mit «Andersgläubigen», denn im Endeffekt sind wir davon überzeugt, dass kein direkter Austausch jemals vergebens sein wird. Gespräche schaffen Nähe, Nähe schafft Verständnis, Verständnis schafft Gehör und Gehör verschafft letztlich Einfluss.

### Kein Ei des Kolumbus, aber trotzdem eine Neuerung

All dies ist nichts Neues. Neu ist aber, dass wir als Beratungsstelle diese Arbeit machen können. Wir sehen das als grossen Vorteil, da wir wirklich genau wissen, wovon wir reden. In ersten Schritten haben wir bereits mit der Arbeit begonnen und eine kleine Arbeitsgruppe gegründet, die sich all den Anforderungen an eine «strategische Planung im Migrationsbereich» annimmt. Früher wäre diese Arbeit nach kurzer Zeit

wieder versandet, weil niemand die Zeit hatte, sie weiterzuführen. Dies ist nun anders. Alles fantastisch also? NATürlich nie ganz. Es gibt immer noch viele Stolpersteine.

### Die Frage der langfristigen Finanzierung

Einen Stolperstein stellen die längerfristigen finanziellen Mittel dar. Aktuell können wir davon ausgehen, dass wir den Stellenausbau über die nächsten drei bis fünf Jahre finanzieren können. Darüber hinaus fehlen uns allerdings noch die finanziellen Mittel. Aber hei, wer nichts wagt, der nichts gewinnt. Es wäre falsch, etwas nicht zu tun, weil es künftig vielleicht nicht mehr haltbar ist. Dennoch sind wir längerfristig auf einen Ausbau unserer Einzelspenden angewiesen – ohne wird es nicht gehen.

Deshalb an dieser Stelle der Hinweis: **unterstütze uns mit einer Spende!** Auf unserer überarbeiteten website ist es künftig auch viel klarer, was wir mit unseren Spendengeldern anstellen, also schau es dir gerne an.

Wir sind zuversichtlich, dass wir einiges bewegen werden können. Wir werden nicht die Welt verändern, aber im Sinne des Titels dieser Ausgabe freuen wir uns darauf, künftig endlich mehr «mutige Migrationspolitik» zu machen!

## THEMEN

Viele unserer Themen beackern wir bereits seit Jahren. Auf unserer überarbeiteten website findest du eine Komplettaufstellung dazu - hier eine kleine Auswahl der aktuellen Themen.



Sanktionen



Notschlafstelle BS



Härtefallpraxis

# Die Krux mit der Verrechtlichung

**Im Migrationsbereich geht es irrsinnig oft um Rechte: Um deren Wahrung, Verletzung, Verweigerung oder Einforderung, um Ansprüche auf Rechte, das Recht auf Rechte oder den Verlust von Rechten. Wie gehen wir um mit der Dominanz der Rechtswissenschaft in einem Bereich, in welchem es eigentlich um ganz andere Inhalte gehen würde?**

Im Migrationsbereich dreht sich bekanntlich vieles um Rechte, international wie national. Die Grundlagen sind dabei mehr oder weniger neuen Datums und historisch eingeordnet Ergebnisse aus dem ersten und zweiten Weltkrieg. Die UN-Charta als grundlegende Basis für alles weitere stammt aus dem Jahr 1945, die UN-Völkermordkonvention folgte 1948, die EMRK kennen wir seit 1950 resp. 1953. Die Genfer Flüchtlingskonvention GFK folgte 1951 und wurde seitdem nie revidiert, sondern lediglich durch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge erweitert. Das war 1967. Die «Frauenkonvention» (CEDAW, 1979), die Antifolterkonvention (1987), die Kinderrechtskonvention (1989), die Wanderarbeiterkonvention (1990) oder die Palermo-Konvention (Menschenhandel, 2000-2003) sind Kinder der neueren Zeitgeschichte. Errungenschaften wie das Istanbul-Protokoll (ab 2004) oder die EU-Grundrechtscharta (2009) kamen im 21. Jahrhundert dazu. Das gleiche gilt für Schengen/Dublin oder nun das GEAS.

In der Schweiz kennen wir seit 1931 das ANAG, das 2008 dann zum AuG und anno 2019 zum heute gültigen AIG wurde. Es regelt seit je her in groben Zügen die Rechte aller Nicht-Schweizer:innen bei Anwesenheit in der oder beim potentiellen Zuzug in die Schweiz. Das Schweizerische Asylgesetz gibt es erst seit 1979/1981. Zuvor wurden Fluchtbewegungen entweder ad-hoc im Rahmen von grösseren Kontingenten geregelt (Ungarn 1968) oder eben nicht geregelt (Chile 1973). Das Blockdenken des kalten Krieges war hierbei entscheidend. Die individuelle Prüfung eines Asylgesuches, wie es die GFK vorsieht, kennt die Schweiz erst seit Inkrafttreten des AsylG am 1.1.1981. Seitdem wurde dieses Gesetz 14 mal revidiert.

Jedes einzelne Abkommen für

sich ist eine Errungenschaft – aber gleichzeitig auch immer das Ergebnis der parlamentarischen Debatte und der gesellschaftspolitischen Stimmung im Hintergrund. Dass sich diese seit 1931 mehrfach verändert hat, muss nicht erklärt werden. Ein Blick auf die letzten 45 Jahre ergibt dennoch Sinn. Das Ende des kalten Krieges, die Gründung der EU, der Neoliberalismus und mit ihm das «New Public Management» sowie die grundlegende Digitalisierung der Gesellschaft bilden die grobe Klammer: Der Vormarsch der SVP, eine im Vergleich hohe Zuwanderung und das direktdemokratische System mit seinen Volksinitiativen begünstigten speziell in der Schweiz eine fortwährende Debatte im Migrationsbereich, die trotz der zuvor genannten Errungenschaften zu einer fortschreitenden Verschärfung von Gesetzen, einer immer höheren Komplexität in der Materie und de facto dem Verlust von Rechten für alle Migrant:innen führte.

## Die Verrechtlichung führt zur Individualisierung

Mit der Einführung des Asylgesetzes ging die Entstehung der diversen Beratungsstellen einher, meist unter dem Dach einer grösseren NGO wie bspw. HEKS. Diese bieten seitdem eine Rechts- und Sozialberatung für Asylsuchende an. In den ersten 15-20 Jahren waren auf diesen Beratungsstellen vornehmlich Personen mit einer Ausbildung im Sozialbereich tätig, ergänzt durch einige Jurist:innen und v.a. sehr viele freiwillige Personen. Mit der fortschreitenden Verrechtlichung des Bereichs stellten die Beratungsstellen immer mehr Jurist:innen an – eine logische Entwicklung, denn wenn das Arbeitsfeld immer juristischer wird, braucht es auch Personen mit dem entsprechenden Know-How. Den Gipfel dieser Entwicklung stellt die

Umstrukturierung des Asylbereichs 2019 dar, welche den «unentgeltlichen staatlichen Rechtsschutz» mit sich brachte. Seitdem steht jeder asylsuchenden Person während ihres Asylverfahrens eine Rechtsvertretung zur Seite. Die meisten bereits bestehenden Beratungsstellen erweiterten im Zuge dieser Umstrukturierung (aufgrund der Frage der Daseinsberechtigung) ihr Angebot und leisten heute auch vermehrt ausländerrechtliche Beratungen. Dadurch erhöhte sich der Bereich der komplexen Rechtsverfahren noch einmal, mit der entsprechenden Personalpolitik: heute beträgt der Anteil an Jurist:innen auf den Beratungsstellen ungefähr 70%. Im staatlichen Rechtsschutz sind ausschliesslich (angehende) Jurist:innen tätig. Im gleichen Zeitraum seit 1981 stieg das Volumen aller gesetzlichen Bestimmungen inkl. Rechtssprechung im Asyl- und Ausländerrecht um ein vielfaches an. Die Verrechtlichung beider Bereiche befindet sich somit auf einem historischen Höchststand.

Diese Entwicklung ist ungut. Sie hat aus einem Bereich, in welchem es vorwiegend um Ethik, Moral, Länderkenntnis und gesunden Menschenverstand gehen sollte, ein juristisches Schlachtfeld gemacht. Natürlich sind die zuvor erwähnten Grundlagen eine Errungenschaft und die rechtliche Anrufung derselben jeweils richtig. Ich plädiere nicht für eine komplette Abkehr von der individuellen Rechtsarbeit. Aber weil die Verrechtlichung die Individualisierung inhärent in sich trägt, stösst sie an ihre Grenzen. Dies ist mitunter fatal. Dass sich auf beiden Seiten auch fast nur noch Jurist:innen mit der Materie befassen, trägt nicht unbedingt dazu bei, diesen Umstand zu hinterfragen, denn: «if you have a hammer, everything looks like a nail». Diese Tendenz ist beobachtbar und trifft in der Breite zu, die statisti-

schen Fakten widerlegen die subjektiven Wahrnehmungen. Der Ausgangslage geschuldet besteht der asylrechtliche Beratungsalltag deshalb allzu oft aus sehr frustrierenden Gesprächen: Man kann quasi nichts machen, die rechtlichen Möglichkeiten sind ausgeschöpft. Diese situative Aussichtslosigkeit steht jedoch im krassen Widerspruch zur akuten individuellen Not des Gegenübers – deshalb

wird man letztlich doch immer wieder aufs Neue auf die Ergreifung des nächsten Rechtsmittels, das nächste Gesuch, etc. zurückgeworfen. Im Endeffekt aber kann das (bestehende) Recht eben einfach nicht die Antwort auf die einzig wichtige Frage liefern: was wäre ›richtig‹ statt rechtens?

Es braucht also die Erkenntnis, wohin uns die Verrechtlichung gebracht hat

und dass sie uns niemals an den Punkt bringen kann, wo es wieder um ›richtig‹ geht. Um dieser Frage die nötige Bedeutung beimessen zu können, braucht es eine Intensivierung der Arbeit auf anderen, vornehmlich politischen Ebenen. Dass das nicht einfach ist, ist klar. Es ist Knochenarbeit. Aber das darf keine Ausrede sein.

## Wie ich meine relativ wohlhabenden Freund:innen und Verwandten dazu bringe, mich am Lauf gegen Grenzen zu sponsern: 10 Tipps!

Es ist immer schön, wenn man auf hervorragende Illustrationen von echten Menschen zurückgreifen kann. Deshalb an dieser Stelle ein spezieller Dank an unseren langjährigen ›Hausgrafiker‹ @janbahmani! Und weil die Illustration sowohl zeitlos als auch schlicht fantastisch ist, kramen wir sie für die Ausgabe des diesjährigen Lauf gegen Grenzen noch so gerne hervor!

1. In die Breite gehen: Die Massenmail ans gesamte Adressbuch – niemand bleibt unwissend.



2. In die Tiefe gehen: Ein Anruf nach längerer Funkstille oder ein Besuch mit einem Blumenstrauß kann erstaunliche Kundenbeträge erwirken.



3. Die Bühne nutzen wie die Feste fallen: Am 60sten Geburtstag des Onkels das Mikro ergreifen.



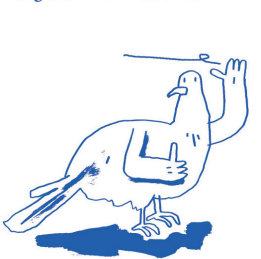
4. Zuerst die gute Flasche Wein, Gespräche über Literatur, danach sachte auf dem vorausgefüllten Sponsor\*innenblatt den Betrag eintragen.



5. Und immer wieder nachhaken: Wiederholung bis zur Kapitulation.



6. Visuelle Effekte nutzen: GIFs im Telegram-Chat sorgen für Erheiterung und Aufmerksamkeit.



7. An die Ehre appellieren: Zwei oder drei Einträge mit 10.- pro Runde bereits selber eintragen, danach die Freundin aus gutem Hause zum Kaffee treffen.



8. Das Gruppengefühl ausnutzen: nach gelungener Chorprobe oder Paintball-Spiel doch noch dieses eine Herzensanliegen teilen.



9. Emotionen sind Trumpf: ›Was machst du gegen den Rechtsrutsch?‹



10. Deals aushandeln: ›Wenn du mich sponsorst komme ich ans Konfirmationsfest von Serafin.‹



Wegschauen als Führungsprinzip

# Die böse Frau vom Amt

Fassen wir kurz zusammen: die ehemalige Stv. Amtsleiterin des Amts für Migration Basel-Landschaft musste sich wegen mehrfacher Nötigung, Rassendiskriminierung, Amtsmissbrauch und Amtsgeheimnisverletzung vor dem Baselbieter Strafgericht in Muttenz verantworten. Das Urteil mündete in einen vollumfänglichen Freispruch, zieht aber nun möglicherweise weitere Konsequenzen nach sich.

Die besagte Amtsleitung war in Fachkreisen bekannt: aus Schriftenwechseln und mündlichen Unterredungen – telefonisch oder direkt – wurde ihr Fehlverhalten immer wieder ersichtlich. Dieses Fehlverhalten war weder zufällig noch das Resultat von Inkompetenz: mit juristischer Ausbildung und mehrjähriger Erfahrung im Bereich darf und muss das entsprechende, fundierte Wissen vorausgesetzt werden.

## Bitte keine Ausreden

Entgegen eines Bundesgerichtsurteils behandelte sie bspw. Prämienverbilligungen als Sozialhilfeleistungen und gab Gesuchstellenden an, damit stünde deren Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung auf dem Spiel. Das ihr das Urteil nicht bekannt war, schwankt zwischen billiger Ausrede und Lüge, denn (1) hätte sie dies aufgrund Ihrer Position einfach

wissen müssen und (2) war es ihr sehr wohl bekannt, denn sie wurde wiederholt darauf hingewiesen.

Während der Verhandlung gab die Beschuldigte zu Protokoll, sie würde es heute «anders und besser machen». Der Schutz vor Kriminalität sei ihr sehr wichtig, und dabei habe sie «Grenzen ausgelotet». Die Staatsanwältin hielt ihr zugute, dass sie durch ihr Fehlverhalten keine persönlichen Vorteile gewonnen, sondern geglaubt habe, im Interesse der Schweiz zu handeln.

Es ist beschämend, dass eine solche Argumentation überzeugen kann. Die Fehlverhalten zogen sich über mehrere Jahre hinweg und wurden im Ton von persönlichem Rassismus, Anti-Islamismus und Xenophobie getragen. Dass die Beschuldigte nach ihrer Suspendierung direkt bei der SVP auf dem Generalsekretariat tätig wurde, macht es nicht unbedingt besser. Die vermeintliche Reue erscheint also zweifelhaft. Besonders besorgniserregend mutet aber der Umstand an, dass die «Interessen der Schweiz» durch bösesartiges Verhalten vertreten werden sollen.

## «Wegschauen als Führungsprinzip»

Die Beschuldigte war weder inkompetent, noch handelte sie schludrig oder übereilt. Ihr Handeln hatte System und folgte ihrer Überzeugung, womit es als vorsätzlich

und böswillig bezeichnet werden darf. In der Verhandlung wurde angemerkt, «[...] es sei für den Rechtsstaat fatal», dass die anderen Mitarbeitenden keinen Widerstand geleistet hätten. Hier gilt es zu präzisieren: die Beschuldigte hatte keine «Mitarbeitenden», sondern ihr unterstellte Angestellte. Diese waren letztlich verantwortlich für die Anzeige. Wo indes waren die Vorgesetzten? Wo waren der Amtsleiter, Herr Andreas Räss und die zuständige Regierungsrätin, Frau Kathrin Schweizer?

## PUK gefordert

Kurz nach der Verhandlung forderte die SP Basel-Land die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), um alle allfälligen Versäumnisse ans Tageslicht zu befördern. Dem kann angesichts aller Umstände nur zugestimmt werden. Im letzten Interview mit der BAZ gab sich Regierungsrätin Schweizer erneut ahnungslos: wahrscheinlich wusste sie tatsächlich nicht, was in ihrem Amt vor sich ging. Das wäre dann bestenfalls Ausdruck von mangelndem Interesse. Auch das ist inakzeptabel.

## Impressum

**Redaktion, Layout & Lektorat**  
Freiplatzaktion Basel; Mit Dank an alle Menschen auf der Beratungsstelle und ausserhalb davon für ihre Inputs.

600 Exemplare

**Spendenkonto**  
Basellandschaftliche  
Kantonalbank  
4410 Liestal/H  
IBAN CH6800769016310143829

**Kontakt**  
Freiplatzaktion Basel  
Elsässerstrasse 7  
CH-4056 Basel  
Tel. +41 61 691 11 33  
infos@freiplatzaktion-basel.ch  
www.freiplatzaktion-basel.ch

